

Bürgerdialog zur Zukunft Europas in Baden-Württemberg

22.-23. Oktober und 12.-13. November 2021

im Rahmen der „Konferenz zur Zukunft Europas“



Inhalt

Agenda	3
Einführung zum landesweiten Bürgerdialog	7
Eröffnung	7
Begrüßungen der beteiligten Kommunen	8
Einführung in den Veranstaltungsablauf	9
Europa der Zukunft: Themen der Bürgerinnen und Bürger	10
Ideen aus den Arbeitsgruppen	14
Klimaschutz und Ressourceneffizienz – Schwerpunkt: Verkehr	14
Positionierung der EU in der Weltpolitik	16
Information, Transparenz und Beteiligung	17
Stärkung des Wertekanons – „Europa des Respekts“	19
Soziale Marktwirtschaft	21
Schlussworte	22
Anhang: Verteilung der Teilnehmenden des Bürgerdialogs	24



Agenda

Freitag, den 22. Oktober 2021

Zeit	Modul	Wer
18:00 – 18:10	Eröffnung	Dr. Alexandra Zoller, Leiterin der Abteilung Europapolitik, Landesvertretung Brüssel, Grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Staatsministerium Baden- Württemberg
18:10 – 18:25	Begrüßungen	Erik Pauly, Oberbürgermeister der Stadt Donaueschingen Anette Schmidt, Bürgermeisterin der Stadt Tauberbischofsheim Stefan Neumann, Bürgermeister der Stadt Künzelsau
18:25 – 18:35	Einführung in den Bürgerdialog und in den Veranstaltungsablauf	Mikko Rissanen, DIALOG BASIS
18:35 – 19:30	Europa der Zukunft: Themen der Bürgerinnen und Bürger	Alle Erstellung einer Begriffswolke
19:30 – 19:50	Pause	
19:50 – 20:30	Europa der Zukunft: Schwerpunktthemen für den Bürgerdialog	Alle Festlegung und Priorisierung von Themenbereichen für den Dialog
20:30 – 20:45	Zusammenfassung, nächste Schritte	DIALOG BASIS
20:45 – 20:50	Vorstellung eines Studierendenprojektes	Helena Reis & Anastasia Christmann, DHBW Mannheim
20:50 – 21:00	Schlusswort	Staatsministerium Baden-Württemberg

Samstag, den 23. Oktober 2021

Zeit	Modul	Wer
09:00 – 09:10	Rückblick in die Ergebnisse des ersten Tages, Einführung in den Veranstaltungsablauf	Mikko Rissanen, DIALOG BASIS
09:10 – 09:20	Einwahl in die Gruppenräume	
09:20 – 11:20	Thematische Arbeitsgruppen: Kritik und Visionen	Fünf thematische Arbeitsgruppen: <ol style="list-style-type: none"> 1. Klimaschutz und Ressourceneffizienz 2. EU in der Weltpolitik 3. Information, Transparenz und Beteiligung 4. Stärkung des Wertekanons, „Europa des Respekts“ 5. Soziale Marktwirtschaft
11:20 – 12:00	Wo stehen wir: Präsentation der Themen aus den Arbeitsgruppen	DIALOG BASIS, Staatsministerium Baden-Württemberg
12:00 – 13:00	Mittagspause	
13:00 – 14:00	Thematische Arbeitsgruppen: Wie kommen wir in die gewünschte Zukunft?	Alle
14:00 – 14:15	Wo stehen wir: Präsentation erster Ideen aus den Arbeitsgruppen	
14:15 – 14:20	Zusammenfassung und nächste Schritte	DIALOG BASIS
14:20 – 14:30	Schlusswort	Catherine Kern MdL, Landtag Baden-Württemberg, Staatsministerium Baden-Württemberg

Freitag, den 12. November 2021

Zeit	Modul	Wer
18:00 – 18:10	Begrüßung	Philipp Hahn, Bürgermeister der Stadt Hechingen
18:10 – 18:25	Einführung in den Veranstaltungsablauf, Ergebnisse der Auftaktveranstaltung	Mikko Rissanen, DIALOG BASIS
18:25 – 18:30	Einwahl in die Gruppenräume	
18:30 – 19:30	Europa der Zukunft: Verwirklichungsphase <i>Anhörung von thematischen Experten und Expertinnen</i>	Fünf thematische Arbeitsgruppen: 1. Klimaschutz und Ressourceneffizienz 2. EU in der Weltpolitik 3. Information, Transparenz und Beteiligung 4. Stärkung des Wertekanons, „Europa des Respekts“ 5. Soziale Marktwirtschaft
19:30 – 19:50	Pause	
19:50 – 20:30	Europa der Zukunft: Verwirklichungsphase <i>Weiterentwicklung der von Teilnehmenden priorisierten Ideen</i>	Thematische Arbeitsgruppen
20:30 – 20:45	Wo stehen wir? Präsentation der Zwischenergebnisse der Arbeitsgruppen	
20:45 – 20:50	Zusammenfassung und nächste Schritte	DIALOG BASIS
20:50 – 20:55	Vorstellung eines Studierendenprojektes	DHBW Mannheim
20:55 – 21:00	Schlusswort	Staatsministerium Baden-Württemberg

Samstag, den 13. November 2021

Zeit	Modul	Wer
09:00 – 09:10	Einführung in den Veranstaltungsablauf	Mikko Rissanen, DIALOG BASIS
09:10 – 09:15	Einwahl in die Gruppenräume	
09:15 – 11:00	Europa der Zukunft: Verwirklichungsphase <i>Finalisierung der Ideen</i>	Fünf thematische Arbeitsgruppen: <ol style="list-style-type: none"> 1. Klimaschutz und Ressourceneffizienz 2. EU in der Weltpolitik 3. Information, Transparenz und Beteiligung 4. Stärkung des Wertekanons, „Europa des Respekts“ 5. Soziale Marktwirtschaft
11:00 – 12:00	Konsolidierung der Ideen des Bürgerdialogs zur Zukunft Europas <i>Finalisierung der Ideen in der großen Gruppe</i>	Alle
12:00 – 13:00	Mittagspause	
13:00 – 13:30	Präsentation der Ergebnisse des Bürgerdialogs zur Zukunft Europas	Alle
13:30 – 14:00	Aufnahme der Ideen, Schlussworte	Stefan Martus, Bürgermeister der Stadt Philippsburg Barbara Bosch, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung im Staatsministerium Baden-Württemberg

Einführung zum landesweiten Bürgerdialog

Eröffnung

Dr. Alexandra Zoller, Leiterin der Abteilung Europapolitik, Landesvertretung Brüssel,
Grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Staatsministerium Baden-Württemberg

Dr. Alexandra Zoller, Leiterin der Abteilung Europapolitik, Landesvertretung Brüssel, Grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Staatsministerium Baden-Württemberg, eröffnet am 22. Oktober 2021 den landesweiten Bürgerdialog im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas und begrüßt die Teilnehmenden herzlich: Zum Dialog sind zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger aus sechs Kommunen Baden-Württembergs eingeladen worden. Durch die Zufallsauswahl soll die Bevölkerung des Landes möglich breit nach Altersgruppen und Geschlecht einbezogen werden. Besonders wichtig ist es aber, dass durch dieses Format verschiedene Bevölkerungsgruppen zur Zukunft Europas gehört werden – nicht nur die Bürgerinnen und Bürger, die sich politisch engagieren.

Bei der Konferenz zur Zukunft Europas handelt es sich um eine europaweite Initiative. In allen Mitgliedstaaten sollen Bürger und Bürgerinnen ihre Ideen, Anregungen und Empfehlungen zur Entwicklung Europas und der EU einreichen. Zuletzt hat die Covid-19-Pandemie mit wiedereingeführten Grenzkontrollen und Impfstoffengpässen gezeigt, dass unterschiedlichste gesellschaftliche Herausforderungen in Europa durch Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten bewältigt werden müssen. Hierzu sind nicht nur Berufspolitiker, sondern auch Bürgerinnen und Bürger zu hören.

In Baden-Württemberg wurde bereits vor rund zwei Jahren das Europa-Leitbild der Landesregierung u.a. mit Bürgerdialogen entwickelt. Somit besteht im Land Tradition, auch umfangreichere gesellschaftliche Themen mit Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam zu bearbeiten. Für die Landesregierung wird diese Arbeit von der Stabstelle für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung im Staatsministerium Baden-Württemberg koordiniert. Gemeinsam mit den Teilnehmenden können nun wichtige Impulse in die europäische Diskussion eingebracht werden.

Begrüßungen der beteiligten Kommunen

Erik Pauly, Oberbürgermeister der Stadt Donaueschingen

Anette Schmidt, Bürgermeisterin der Stadt Tauberbischofsheim

Stefan Neumann, Bürgermeister der Stadt Künzelsau

Philipp Hahn, Bürgermeister der Stadt Hechingen

An den beiden Wochenenden begrüßen Bürgermeister von vier beteiligten Kommunen Baden-Württembergs die Teilnehmenden. Sie alle freuen sich, dass Bürgerinnen und Bürger aus ihren Kommunen Teil des Bürgerdialogs sind.

Erik Pauly, Oberbürgermeister der Stadt Donaueschingen, beschreibt Donaueschingen als eine besonders europäische Stadt: Die Donau, die in Donaueschingen ihre Quelle hat, durchfließt zehn europäische Länder. Herr Pauly betont, dass Europa heute vor großen Herausforderungen stehe: Der Brexit, die besorgniserregenden Justizreformen in Polen, die Schulden- und Flüchtlingskrisen unterstreichen den Bedarf für gesamteuropäische Lösungen. Neben diesen Fragestellungen sei aber auch wichtig, die Zukunft Europas grundsätzlicher zu reflektieren: Wollen wir stärkere europäische Integration oder weniger Europa?

Anette Schmidt, Bürgermeisterin der Stadt Tauberbischofsheim, bekräftigt, wie wichtig es sei, dass sich Bürgerinnen und Bürger mit der Zukunft Europas auseinandersetzen. Das Leben von uns allen werde davon beeinflusst, wie wir Europa gestalten. Über die tagesaktuellen politischen Debatten hinaus sollte man hierbei über den Tellerrand schauen: Es sei wichtig, dass Europa auf internationaler Ebene sich in wirtschaftlichen und menschenrechtlichen Fragen deutlich positioniert und ein starker Diskussionspartner für USA, China und Afrika bleibt.

Stefan Neumann, Bürgermeister der Stadt Künzelsau, freut sich über das Format mit zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern. Er betont, dass Europa nur dann funktioniere, wenn die Menschen Europa auch leben: Freie Bewegung von Menschen und Waren über nationale Grenzen sei ein hohes Gut, das neben der Bewältigung aktueller Krisen wie die Covid-19-Pandemie und/oder die Flüchtlingskrise bewahrt werden muss.

Philipp Hahn, Bürgermeister der Stadt Hechingen, erzählt, dass Hechingen am Fuß der Burg Hohenzollern über aktive Städtepartnerschaften mit ungarischen und französischen Städten verfügt. Trotz des Friedens und der Freizügigkeit in Europa müsse man sich mit Europa auch kritisch auseinandersetzen: Beispielsweise die Europäische Datenschutz-Grundverordnung oder die Vorgaben zur Vergabe von Bauplätzen stellen für Kommunen Herausforderungen dar. Ein Dialog um die Zukunft Europas und die Einbeziehung von Europäerinnen und Europäern seien daher wichtig, sodass die EU im Sinne ihrer Bürgerinnen und Bürger weiterentwickelt werden kann.

Einführung in den Veranstaltungsablauf

Mikko Rissanen, Moderatorin DIALOG BASIS

In den Veranstaltungen des landesweiten Dialogs führt **Mikko Rissanen von DIALOG BASIS** als Hauptmoderator die Teilnehmenden in die gemeinsame Arbeit ein. Der Dialog ist vom Staatsministerium Baden-Württemberg als Teil der Konferenz zur Zukunft Europas initiiert worden: Zum ersten Mal in der Geschichte der EU werden Bürgerinnen und Bürger in allen Teilen Europas gleichzeitig beteiligt. Im Rahmen des landesweiten Dialogs werden Bürgerinnen und Bürger aus sechs Kommunen Baden-Württembergs – aus Bad Waldsee, Donaueschingen, Hechingen, Künzelsau, Philippsburg und Tauberbischofsheim – gefragt, wie sie auf Europa und die EU schauen und welche Themen sie bewegen, wenn es um die Zukunft Europas geht.

Nach dieser breiten Zusammenführung von Themen, Chancen und Herausforderungen werden konkrete Ideen und Handlungsempfehlungen in thematischen Arbeitsgruppen skizziert. Mit Unterstützung von externen Fachexperten und Fachexpertinnen werden die Ideen in den Arbeitsgruppen weiterentwickelt und anschließend mit der gesamten Gruppe konsolidiert. Nach den Veranstaltungen sollen die Vorschläge aus dem Dialog dann auf der Online-Plattform der Konferenz zur Zukunft Europas, unter <https://futureu.europa.eu>, eingereicht werden.



Abbildung 1: Ablauf des landesweiten Dialogs zur Konferenz zur Zukunft Europas

Auf der Konferenzplattform haben die Teilnehmenden auch die Möglichkeit weitere Ideen einzubringen, die Ideen anderer Personen zu kommentieren und diese zu unterstützen. Die EU hat sich verpflichtet, die Empfehlungen der Menschen anzuhören und daraus im Jahr 2022 Schlussfolgerungen mit Leitlinien für die Zukunft Europas zu erarbeiten.

Abschließend bietet Herr Rissanen einen Blick auf die Verteilung der Teilnehmenden nach Nationalität, Geschlecht und Altersgruppe. Alle sechs Kommunen sind in der Dialoggruppe stark vertreten. Was die Verteilung zwischen Frauen und Männern angeht, ist der Anteil von Männern etwas höher als in der Gesamtbevölkerung Baden-Württembergs. Im Hinblick auf die die verschiedenen Altersgruppen sind die jüngeren Generationen stark repräsentiert¹.

Europa der Zukunft: Themen der Bürgerinnen und Bürger

Nach den einführenden Beiträgen werden die Teilnehmenden nach ihren zentralen Themen mit Blick auf die Zukunft Europas gefragt. Gemeinsam mit ihnen werden Themen, Chancen und Herausforderungen für die EU ausgearbeitet. Die Themen und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger werden dabei simultan in einer Begriffswolke festgehalten:

¹ Genauere Informationen zur Verteilung der Teilnehmenden befinden sich im Anhang.



Abbildung 2: Europa der Zukunft - Themen, Chancen und Herausforderungen der Bürgerinnen und Bürger

Nach der Diskussion und Aufnahme der Themen der Bürgerinnen und Bürger werden diese mit den Themenfeldern der Konferenz zur Zukunft Europas verglichen. Für die Konferenz hat die EU zehn Themenfelder festgehalten:

- Klimawandel und Umwelt
- Gesundheit
- Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung
- Die EU in der Welt
- Werte und Rechte, Rechtstaatlichkeit, Sicherheit
- Digitaler Wandel
- Demokratie in Europa
- Migration
- Bildung, Kultur, Jugend und Sport
- weitere Ideen

Hierbei werden die Themen der Bürgerinnen und Bürger von der Moderation den Themenfeldern der EU-Zukunftskonferenz zugeordnet. Im Anschluss priorisieren die Teilnehmenden die Themenfelder für den weiteren Dialog mittels einer Schnellumfrage auf WebEx. Sie werden gefragt, zu welchen Themenfeldern sie in Unterarbeitsgruppen weiterarbeiten und konkrete Ideen und Handlungsempfehlungen für die EU erarbeiten möchten.

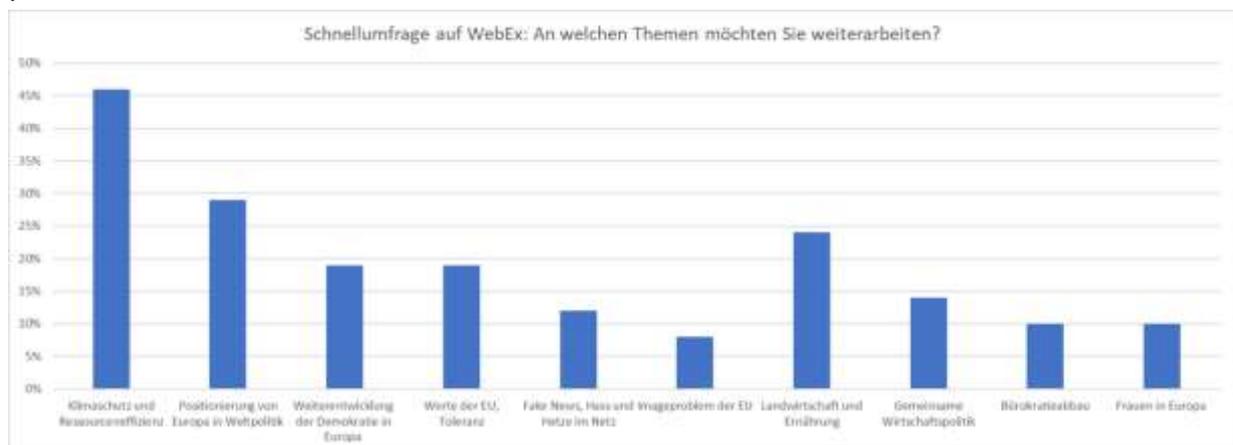


Abbildung 3: Schnellumfrage zur Priorisierung der Themenfelder für den weiteren Dialog

Als Ergebnis der Schnellumfrage werden folgende fünf Arbeitsgruppen für den landesweiten Dialog zunächst festgehalten:

1. Klimaschutz und Ressourceneffizienz
2. Positionierung der EU in der Weltpolitik
3. Weiterentwicklung der Demokratie in der EU
4. Werte der EU, Toleranz, Aufklärung
5. Stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung

Hierbei wird entschieden, dass Landwirtschaft und Ernährung als Teil der Arbeitsgruppe „Klimaschutz und Ressourceneffizienz“ betrachtet werden, um die Fragen der gemeinsamen Wirtschaftspolitik in einer weiteren Arbeitsgruppe betrachten zu können. Die Teilnehmenden können hierbei frei entscheiden, an welcher Arbeitsgruppe sie teilnehmen möchten.

Nach den ersten Arbeitsgruppensitzungen werden die Ergebnisse der gesamten Gruppe präsentiert. Aufgrund einiger thematischer Überschneidungen zwischen den Arbeitsgruppen werden insbesondere die Aufgaben der Arbeitsgruppen 3 und 4 neu definiert, sodass die dritte Gruppe sich mit der „Demokratie und Bürgerbeteiligung“ befasst; die vierte Gruppe dagegen mit der „Weiterentwicklung und Verstetigung der Werte der EU“. Zugleich wird aufgrund der sehr großen thematischen Breite der Schwerpunkt in der Arbeitsgruppe „Klimaschutz und Ressourceneffizienz“ auf Initiativen im Bereich Verkehr und in der Arbeitsgruppe „Stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung“ auf soziale Marktwirtschaft gelegt. Somit wird im zweiten Teil des landesweiten Dialogs in folgenden Arbeitsgruppen gearbeitet:

1. Klimaschutz und Ressourceneffizienz – Schwerpunkt: Verkehr
2. Positionierung der EU in der Weltpolitik
3. Information, Transparenz und Beteiligung
4. Stärkung des Wertekanons – „Europa des Respekts“
5. Soziale Marktwirtschaft

Am 12. November 2021 werden die Arbeitsgruppen von einer Expertin und drei Experten unterstützt:

- von Herrn Matthias Lieb vom Verkehrsclub Deutschland (VCD) Landesverband Baden-Württemberg zum Thema Verkehr,
- von Herrn Rafael Loss vom European Council on Foreign Relations zum Thema EU in der Weltpolitik,
- von Dr. Stefan Roch von der Bertelsmann Stiftung zum Thema Demokratie in Europa und
- von Prof. Dr. Annegrete Eppler von der Hochschule Kehl zum Thema europäische Werte.

In den Arbeitsgruppen kommentieren sie die Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger mit Blick auf aktuelle Initiativen der EU und eine mögliche institutionelle Verankerung der Ideen.

Ideen aus den Arbeitsgruppen

In den Arbeitsgruppen erarbeiten die Bürgerinnen und Bürger konkrete Ideen und Handlungsempfehlungen zur Zukunft Europas. Die Arbeitsgruppen folgen hierbei der Struktur einer Zukunftswerkstatt: Am zweiten Veranstaltungstag am 23. Oktober 2021 werden die Teilnehmenden im Sinne einer „Kritikphase“ gefragt, wo Europa mit Blick auf das jeweilige Thema heute scheitert und in einer „Fantasiephase“, wie ihre gewünschte Zukunft aussieht. Auf dieser Arbeit aufbauend skizzieren sie anschließend konkrete Initiativen und Maßnahmen, mit denen die gewünschte Zukunft erreicht werden könnte. Im Sinne eines „Trichtereffektes“ priorisieren die Gruppen kontinuierlich ihre Themen, sodass eine überschaubare Anzahl von Fragestellungen gemeinsam in die Tiefe bearbeitet werden kann.

Am dritten Veranstaltungstag am 12. November 2021 werden die Ideen in einer „Verwirklichungsphase“ mit der Expertin und den Experten weiterentwickelt, bevor sie am 13. November 2021 in den Arbeitsgruppen und im Plenum finalisiert werden. Die Arbeitsgruppen werden von Mitarbeitenden des Staatsministeriums Baden-Württemberg sowie von DIALOG BASIS moderiert und im Simultan-Protokoll „live“ dokumentiert.

Klimaschutz und Ressourceneffizienz – Schwerpunkt: Verkehr

1. Ausbau und Vereinheitlichung des Schienennetzes

Umsetzung der Klimaneutralität (Reduktion von CO₂ und Feinstaubemissionen) im Güter- und Personenverkehr bis spätestens in 10 Jahren

- Der Verkehrssektor ist sowohl auf EU-Ebene als auch in Deutschland der einzige Sektor, dessen CO₂- und Feinstaubemissionen seit 1990 gestiegen sind. Damit gehört der Verkehrssektor zu den größten Hemmnissen für die Erreichung der EU-Klimaziele.
- Die Zielschärfung im Verkehrssektor ist dringend notwendig. Dabei sollten sich die Klimaziele auf die verschiedenen Verkehrssektoren (Schienen-, Straßen-, Luft- und Schiffverkehr) gleichermaßen beziehen. Bei der Verteilung von EU-Fördergeldern müssen der CO₂-Austoß und Feinstaubemissionen zentrale Kriterien sein, hierfür muss die EU Leitplanken formulieren und die Durchsetzung durch Richtlinien vorgeben und überprüfen.
- Ein weiteres Ziel muss die Klimaneutralität von Fahrzeugen sein. Die Herstellung verbrauchsintensiver Fahrzeuge ist hierfür zu stoppen und die Feinstaubemission von Neuzulassungen zu beschränken.
- Die Fortschritte der Digitalisierung sollten genutzt werden, um den Güterverkehr effizienter zu gestalten. Dafür sollten die ordnungsrechtlichen Vorgaben der EU gestrafft werden, um die Umsetzung auf nationaler Ebene schneller voranzubringen (z.B. Automatische Kopplung von Güterwaggons, Standardisierung von Signalsystemen, Schienenbreiten, Optimierung von Warenströmen, Reduktion von

Leerfahrten). Wichtig ist die effizientere Nutzung der bestehenden Nah- und Fernverkehrszügen, um mehr und längere Züge auf die Schiene zu bekommen.

2. Alternatives Mobilitätsangebot

Regionsübergreifender ÖPNV als ernstzunehmendes Mobilitätsangebot ausgestalten bis spätestens in 10 Jahren

- Ziel muss es sein, innovative Angebote zu entwickeln, die den ÖPNV zu einer ernstzunehmenden Alternative für alle Bevölkerungsschichten macht. Hier sind verschiedene EU-Kampagnen denkbar, wie die Ausweitung der Kampagne Free Interrail, Modellvorhaben für kostengünstigen ÖPNV oder Kampagnen zur Bewusstseinsbildung (z.B. Attraktive Preisgestaltung, Bonusprogramme für Nutzerinnen und Nutzer).
- Als Alternative zum Flugverkehr sollte ein grenzüberschreitendes Nachtzugnetz vorangetrieben werden. Ein Baustein hierfür ist die Einrichtung einer digitalen Buchungsplattform für europäische Bahnverbindungen, damit Bürgerinnen und Bürger barrierefrei eine Übersicht über Kosten und Fahrpläne erhalten. Darüber hinaus benötigt es für die Umsetzung grenzüberschreitend einsetzbare Fahrzeuge, diese könnten über ein EU-Förderprogramm gefördert werden.

3. Klimaneutrale Mobilität im ländlichen Raum fördern

Klimaneutrale Mobilität im ländlichen Raum fördern

- Großstädte zeigen, dass ÖPNV und E-Bikes eine wichtige und ernstzunehmende Alternative zum Auto darstellen können. Aber wie sieht es damit in ländlichen Räumen aus? Wie können insbesondere Familien dort ihre komplexen Alltagsabläufe meistern?
- Die EU sollte eine Strategie für Mobilität im ländlichen Raum entwickeln, um Pendlerverkehre und Alltagswege klimaneutral auszugestalten. Maßnahmen dabei könnten die Dezentralisierung der Infrastruktur sowie die Förderung innovativer Ideen und Programme zur Verbesserung der Mobilität im ländlichen Raum sein (z.B. Subventionierung von klimaneutralen Mobilitätsarten, Ausbau Fahrradnetz, Förderung von Initiativen pro Fahrradfahren, Förderung von geschützten und beleuchteten Radwegen).
- Unterschiedliche Zuständigkeiten sorgen häufig dazu, dass Angebote von Bus und Bahn nicht sinnvoll aufeinander abgestimmt sind. Die EU sollte Leitlinien vorgeben, wie die Taktung effizienter abgestimmt werden kann. Insbesondere im grenzüberschreitenden Raum sollte die EU eine Vorreiterrolle einnehmen und aufzeigen, wie die Abstimmung erfolgen kann.

Positionierung der EU in der Weltpolitik

1. Eine gemeinsame europäische Verteidigungsarmee

- Um der EU auf internationaler Ebene mehr Glaubwürdigkeit zu verschaffen, braucht sie eine eigenständige Verteidigungsarmee. Wirtschaftliche Sanktionen alleine reichen nicht, um international europäische Werte zu vertreten.
- Die Armee soll nur zu Verteidigungszwecken und nach Ausschöpfung aller anderen diplomatischen Mittel eingesetzt werden. International darf diese nur nach Konsultation der UN agieren. Hierbei sollen keine wirtschaftlichen Interessen durchgesetzt, sondern zivilgesellschaftliche Entwicklungen gefördert werden.
- Das Europaparlament vergibt die Aufgaben über ein Mehrheitsmandat. Langfristig sollen die Länderarmeen in die EU-Armee integriert werden. Durch die länderübergreifende Kooperation sollen so kulturelle Grenzen abgebaut und langfristig die Idee eines geeinten Europas von den Soldatinnen und Soldaten gelebt werden.
- Die Finanzierung soll über den Haushalt des EU-Parlaments laufen, die finanziellen Mittel langfristig aus EU-Steuern finanziert werden.
- Die Atomwaffen sollen bei den Ländern bleiben, um eine atomare Aufrüstung außerhalb der EU nicht zu fördern – langfristiges Ziel ist es hierbei, Atomwaffen in Europa abzubauen. Der EURATOM-Vertrag muss auslaufen.

2. Europas Außenpolitik mit geschlossenen Werten

- Europa braucht in der Außenpolitik einen geschlossenen Wertekanon, z.B. in Bezug auf Migrationspolitik, Menschenrechte, Demokratie und Klimafragen. Um diese umzusetzen, braucht es eine Reform des Veto-Rechtes durch eine Vertragsänderung im EU-Gesetz. Das Veto-Recht sollte langfristig überarbeitet werden, denn es verhindert eine rasche Antwort auf außenpolitische Fragen der EU.
- Das EU-Parlament soll langfristig länderunabhängig gestaltet werden, damit der Fokus weg von einzelnen Länderinteressen sich hin zu gesamteuropäischen Gedanken entwickelt.
- Durch eine Verlagerung der außenpolitischen Kompetenz auf die EU-Ebene könnte Europa international als Global Player agieren. Der Fokus sollte hierbei Hilfe zur Selbsthilfe in wirtschaftlich schwächeren Ländern sein.
- Ausschließlich finanzielle Mittel zu senden, die durch Korruption verloren gehen, ist nicht ausreichend. Projekte sollten mit einvernehmlichen Beteiligungskonzepten und gemeinsamer Budgetverantwortung der lokalen Projektpartner nach Vorbild demokratischer Prinzipien gefördert werden.
- Europa soll als Forschungsstandort in Partnerschaften eine Mentorfunktion für technisches Know-How übernehmen und langfristig mit einem Transfer an Fähigkeiten die Selbstständigkeit fördern.

3. Verlagerung der außenpolitischen Kompetenzen auf die EU-Ebene

- Die Rolle des Europaparlaments muss gestärkt werden, auch mit Hinblick auf Mandate der europäischen Armee (siehe Punkt 1). Langfristig soll das europäische Parlament eigenständig ohne Einflussnahme nationaler Politik entscheiden können.
- Das Ziel wäre, die pluralistischen Meinungen innerhalb der EU durch ein gemeinsames Außenministerium in eine einheitliche Meinung zu bündeln. Die Entscheidungen des EU-Außenministeriums müssen von den nationalen Außenministern mitgetragen werden. In der Konsequenz würde das bedeuten, dass der Außenministerrat ausschließlich eine beratende Funktion für das Europaparlament einnimmt.
- Die Kompetenzverteilung zwischen dem EU-Außenministerium und den nationalen Außenministerien muss vertraglich klar definiert sein, so dass keine Überschneidung stattfindet.
- Mittelfristig sollen die einzelnen Außenministerien der Mitgliedsstaaten nur noch Koordinationsaufgaben, aber keine Entscheidungsbefugnisse besitzen.
- Langfristig muss eine Lösung für eine vereinigte EU in der UN definiert werden.

Information, Transparenz und Beteiligung

1. Weiterentwicklung der Demokratie

- Wir wollen mehr direkte Demokratie in Form von Bürgerbeteiligung
- Dafür braucht es verbindliche Bürgerentscheide, die europäische Institutionen zur Vorlage eines Vorschlags zu einem Thema zwingen sollen.
- Wir wollen mehr Mitspracherechte und mehr Beteiligung für die Bürgerinnen und Bürger. Denkbar wären ein Beteiligungsportal und ein niederschwelliger Zugang z.B. über einen Stimmzettel im Rathaus, mit dem Bürgerinnen und Bürger ihre Meinung zu Themen äußern können. In einem zweiten Schritt können die Menschen darüber über Themen abstimmen.
- Die Europäischen Institutionen müssen ausgewählte Themen immer mit Bürgerbeteiligung behandeln. Zusätzliche Themen können von Bürgerinnen und Bürger mit einer gewissen Anzahl von Unterstützerstimmen in die Bürgerbeteiligung eingebracht werden.
- Bereits vorhandenen Möglichkeiten, wie z.B. öffentliche Konsultationen müssen stärker kommuniziert werden. Einrichtungen wie der Europäische Ombudsmann, Europäische Bürgerinitiative, Europäisches Petitionsportal oder die Bürgerdialoge der Europäischen Kommission müssen leichter nutzbar gemacht werden.
- Die EU muss mit mehr Kompetenzen ausgestattet werden. Dafür bedarf es einer Kompetenzverschiebung von den Mitgliedstaaten auf die EU-Ebene. Hierfür ist eine langfristige Vision für die EU erforderlich (Ziele in 10 und 20 Jahren).

- Als langfristiges Ziel sehen wir die „Vereinigten Staaten von Europa“ mit der Vielfalt der Regionen.
- Das Europa der zwei Geschwindigkeiten sollte möglich gemacht werden. Mitgliedstaaten, die mehr zusammenarbeiten möchten, sollten dies tun können. Die anderen Mitgliedstaaten arbeiten auf der bisherigen Basis weiter zusammen.
- Das Europäische Parlament muss Initiativrecht erhalten.
- Die Einstimmigkeit bei Entscheidungen muss durch Mehrheitsentscheidungen ersetzt werden.
- Es bedarf mehr und auch abgestufte Sanktionsmöglichkeiten für EU-Institutionen, um die Umsetzung des EU-Rechts in den Mitgliedstaaten einzufordern.
- Wir fordern eine Rechtsgleichheit für alle Bürgerinnen und Bürger in der EU. Die Menschen müssen EU-weit dieselben Rechte und Pflichten haben.

2. Mehr Information, Transparenz, Präsenz und Bildung

- Es bedarf mehr Wissen über die Funktionsweise der EU: Was macht die EU? Wie kommen Entscheidungen zustande? Wer initiiert welche Vorhaben? Wie arbeiten Lobby-Gruppen und an welchen Gesetzgebungsvorhaben arbeiten sie mit?
- Wir fordern mehr Einblickmöglichkeiten für unabhängige Einrichtungen, die z.B. die Arbeit der Lobby-Gruppen in den Europäischen Institutionen beaufsichtigen.
- Mehr Transparenz zu Fördermitteln und Subventionen.
- Die Arbeit der Europäischen Institutionen sollte mehr von unabhängigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern begleitet werden, Gesetzesvorhaben müssen vor Verabschiedung nach anerkannten wissenschaftlichen Standards überprüft werden.
- Es bedarf mehr Aufklärung für die Menschen, in welcher Form ihnen die EU in ihrem Leben nützt.
- Wir fordern mehr Information durch die gewählten Abgeordneten aus dem Europäischen Parlament für die Bürgerinnen und Bürger. Die politischen Vertreter aller Ebenen sollten hierfür eingebunden werden.
- Mehr niederschwellige Informationen, z. B. mit Stellwänden oder Hintergrundinformationen zur EU in Zeitungen. Mehr Informationen für junge Menschen, z.B. über soziale Netzwerke.
- Stärkere Einbeziehung der ländlichen Gebiete, z.B. mit Veranstaltungen.
- Mehr Hilfestellungen zu niederschwelliger Netzwerkarbeit auf EU-Ebene, z.B. für Vereine.

Bildung

- Das Beleben der Städtepartnerschaften sollte verstärkt unterstützt werden; mehr Städtepartnerschaften mit östlichen Staaten.
- Wir fordern mehr Bildungsangebote zur EU. Dazu gehören Bildungsangebote für Erwachsene, Jugendliche, an Volkshochschulen oder durch Vortragsreihen.

- Für Schulen ist die Einführung eines EU-weiten Schulfachs „Europa“ denkbar und der Besuch einer Europäischen Institution sollte in der Schulzeit verpflichtend sein.
- Der Ausbau des Austauschprogramms Erasmus ist zwingend erforderlich.
- Auch ein Europäisches Jahr nach dem Modell FSJ für Jugendliche und mehr berufliche Austauschangebote für Erwachsene werden gefordert.

3. Angleichung der Lebensverhältnisse

- Die Lebensverhältnisse der Menschen müssen stärker angeglichen werden.
- Dafür bedarf es mehr sozialer Gleichheit, z.B. eine analoge Angleichung von Renten, Löhnen, Arbeitslosenleistungen, Gesundheitsleistungen.
- Durch eine Weiterentwicklung der Demokratie auf europäischer Ebene ergeben sich konkrete Auswirkungen auf die Angleichung der Lebensverhältnisse, z.B. würden sich durch mehr Vergemeinschaftung von Themengebieten einheitlichere Lebensverhältnisse ergeben.

Stärkung des Wertekanons – „Europa des Respekts“

1. Stärkung des Wertekanons

- Im Vertrag über die Europäische Union (Art. 2) werden Werte der EU definiert. Diesen Werten müssen alle Mitgliedstaaten zustimmen – und diese Werte sollen auch in allen Mitgliedstaaten gelten.
- Mit Blick auf neue gesellschaftliche Herausforderungen soll der Wertekanon kontinuierlich diskutiert und ggf. erweitert werden. Dazu gehören z.B.
 - Respekt gegenüber verschiedenen Menschen und Lebensweisen.
 - Der Erhalt der Biosphäre und die Nachhaltigkeit.
 - Eine Pluralistische Demokratie, z. B. durch die Begrenzung von Legislaturperioden pro Machtinhaber.
 - Unabhängigkeit der Justiz & Presse.
 - Stärkere Souveränität des EU-Parlaments.
- Für diese kontinuierliche Wertediskussion soll eine Ethikkommission für Europa gegründet werden. Diese soll die Entwicklung einer grenzüberschreitenden europäischen Identität begleiten.
 - Die Ethikkommission könnte sich aus zufällig ausgewählten EU-Bürgerinnen und –Bürgern sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Historikerinnen und Historikern sowie Ethikerinnen und Ethikern zusammensetzen.
 - Dabei soll auch die Bürgerbeteiligung systematisiert werden, die mit der EU-Zukunftskonferenz begonnen wurde.

- Bei Verstößen gegen den Wertekanon durch EU-Länder sollen Maßnahmen konsequent umgesetzt werden.
 - Die Verstöße sollen durch den Europäischen Gerichtshof bewertet werden, ggf. mit Aufheben des Einstimmigkeitsprinzips.
 - Hierfür soll ein transparenter Maßnahmenkatalog festgelegt werden.
- Die europäischen Werte, wie auch die Gemeinsamkeiten zwischen Europäerinnen und Europäern aus verschiedenen Ländern und die gemeinsame Geschichte, sollen stärker in den Schulen übermittelt werden.

2. Vermittlung von Werten in Kindergärten und Schulen

- Der europäische Wertekanon und Respekt sollen bereits in der Kita und Schule gelebt werden.
- Hierzu sollen Kinder und Schülerinnen und Schüler stärker aufgeklärt und eine Dialogkultur gefördert werden. Dazu gehören
 - die Offenheit gegenüber und Respekt unterschiedlicher Menschen und Meinungen sowie
 - der Umgang mit Kritik und unterschiedlichen Meinungen.
- Zugleich sollen die Kompetenzen der Lehrkräfte mittels einer europäischen Förderung für die Fortbildung der Lehrkräfte aufgebaut werden. Zentrale Themen hierbei sind
 - Die Intervention und Mediation bei Diskriminierung und Mobbing,
 - Internet, soziale Medien und Mobbing im digitalen Raum sowie
 - die Sensibilisierung der Eltern.

3. Eigenwerbung für Europa

- Die EU muss für sich werben und die täglichen Vorteile Europas – vom Frieden bis zur Freizügigkeit – stärker in den Fokus rücken.
- Zugleich sollen die Möglichkeiten für Europäerinnen und Europäer, sich in die Diskussion zur Zukunft Europas einzubringen, stärker beworben werden.
- Es gilt, die Vielzahl von bestehenden Ansätzen zu stärken und stärker zu kommunizieren. Dazu gehören z.B.
 - Die Stärkung des Themas Europa im Geschichts- und Gemeinschaftskundeunterricht oder die Schaffung eines Schulfachs Europa,
 - Lehrerfortbildungen, Schüleraustausch und Exkursionen,
 - Materialien für politische Bildung,
 - Die Stärkung von Austauschmöglichkeiten, auch für Erwachsene sowie
 - die Belebung von Städtepartnerschaften.

4. In Familien investieren – ein Gehalt für Erziehende

- In der Sozialpolitik hat die EU aktuell noch wenige Kompetenzen. Die Werte der EU sollten aber stärker mit der Sozialpolitik verknüpft werden.
- Ein Gehalt für Erziehende könnte einen Beitrag zur Stärkung von Frauen und Familien, zur Gleichstellung von Frauen und Männern und zur Bekämpfung von Altersarmut (durch Rentenbeiträge) leisten.
 - Die Höhe könnte prozentual aus dem Durchschnittseinkommen des jeweiligen EU-Landes errechnet werden.
- Pilotprojekte könnten aus dem Europäischen Sozialfonds finanziert werden.
- Deutschland bzw. Baden-Württemberg sollte die finanzielle Unterstützung von Erziehenden auf der EU-Ebene und in Mitgliedstaaten vorantreiben und selbst mit gutem Beispiel vorangehen.

Soziale Marktwirtschaft

1. Produktion in Europa halten, Transformation vorantreiben

Vereinheitlichung von Rahmenbedingungen für die Wirtschaft Europas

Wir sehen auf dem europäischen Arbeitsmarkt die Notwendigkeit, im Bereich der Wirtschaft einheitliche sowie sozial gerechte Rahmenbedingungen vorzugeben.

- Die Arbeitssicherheit muss für ganz Europa einheitlich gestaltet werden. Dazu gehört eine stärkere Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf der EU-Ebene sowie eine zuverlässigere Kontrolle in den einzelnen Ländern. Die innereuropäische Abwanderung von Industrie durch geringere Standards in anderen EU-Ländern wird dadurch reduziert.
- Kinderarbeit ist in der gesamten EU verboten.
- Soziale Berufe sind auch auf EU-Ebene im Fokus zu behalten, wobei die Arbeitsbedingungen in diesen Berufen dringend zu verbessern sind.
- In Bezug auf die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Sozialsysteme fordern wir eine Anpassung der Lebensarbeitszeit an die körperliche und geistige Arbeitsleistung (Work-Life-Balance). Das schließt flexible Arbeitsmodelle ebenso ein wie eine Anpassung der Anzahl von Feiertagen und Urlaubstagen. Keine leichtfertige Aufgabe des arbeitsfreien Sonntags für die Familie.
- Das Steuersystem und die Löhne in der EU müssen angeglichen werden.
- Auch die geschlechtliche Gleichbehandlung muss ein Standard in der EU werden.

Transformationsprozess

- Um auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereitet zu sein, sind Anreize für innovative Forschung und Entwicklung zu setzen, um den Transformationsprozess mit europäischen Bürgerinnen und Bürger voranzutreiben.
- Der Transformationsprozess, auch in Bezug auf erneuerbare Energie bei gleichzeitiger ressourcenschonender Industrie, muss von der EU vorangetrieben und

begleitet werden. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer nachhaltigen Produktion sowie eine Stärkung der Erzeugnisse aus der EU unter Ausnutzung von Synergieeffekten.

- Importe von außerhalb der EU sind nur unter Einhaltung von Mindeststandards erlaubt, dadurch reduziert sich auch das Preisdumping durch außereuropäische Produkte.
- Vorausschauendes Handeln ist gefordert, damit die Europäerinnen und Europäer die Chance haben, mit ihren Fähigkeiten dem Markt zu begegnen. Dazu gehört auch die Anpassung der Berufsbilder an den Bedarf des Arbeitsmarktes, um mit dem Stand der Technik Schritt zu halten.

2. Stärkung arbeitsmarktorientierter Themen in der schulischen Bildung

- Berufs- sowie arbeitsmarktorientierte Themen und Fragestellungen sind in die Schulbildung aufzunehmen – damit man sich in Europa frei auf einem allgemeinen, einheitlichen Arbeitsmarkt grenzübergreifend „bewegen“ kann.
- Voraussetzung dazu ist ein kultureller Austausch in Schule und Studium sowie der Austausch von Auszubildenden mit Partnerunternehmen innerhalb der EU. Daraus folgt eine Anerkennung allgemeiner Ausbildungsabschlüsse in der EU.
- Das bedingt die Festlegung von Kerninhalten für Ausbildungsberufe zur Förderung von Kompetenzen und Verbesserung der Chancengleichheit, ohne länderspezifische Inhalte aufzugeben – Vielfalt stärken.
- Digitalisierung muss in allen Ausbildungsberufen in der EU einen höheren Stellenwert bekommen.

Schlussworte

Catherine Kern MdL, Landtag von Baden-Württemberg

Stephan Martus, Bürgermeister der Stadt Philippsburg

Barbara Bosch, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung im Staatsministerium Baden-Württemberg

Catherine Kern, Mitglied des Landtags Baden-Württemberg und des Ausschusses für Europa und Internationales, kommentiert die Zwischenergebnisse am Nachmittag des zweiten Veranstaltungstages. Sie zeigt sich beeindruckt von der Art der Bürgerbeteiligung und den Vorschlägen der Bürgerinnen und Bürger. Mit ihren Themen seien die Teilnehmenden nicht alleine: Herausforderungen wie Klimawandel, Sicherstellung gesunder Nahrung, Armutsbekämpfung, Erhalt und Schaffung von Arbeitsplätzen und guten Lebensbedingungen in Europa werden auf allen politischen Ebenen diskutiert. In einem Dialog zur Zukunft Europas

komme eine weitere Aufgabe hinzu: Eine positive Verbreitung der europäischen Integration und der EU, ohne dabei die regionalen und kulturellen Besonderheiten der Mitgliedstaaten zu verlieren. Insbesondere der jungen Generation sollte das Gefühl vermittelt werden, Europäerin oder Europäer zu sein.

Als Vertreter der beteiligten sechs Kommunen Baden-Württembergs nimmt **Stefan Martus, Bürgermeister der Stadt Philippsburg**, am abschließenden Veranstaltungstag an der Präsentation der finalen Ideen teil. Er dankt den Teilnehmenden für ihr Engagement und die inhaltlich präzisen, wertvollen Vorschläge. Heute sei es besonders wichtig, Europa und die EU zukunftsfähig aufzustellen – wie auch die Welt insgesamt. Da wir nur einen Planet Erde haben, sei es wichtig, dass Europa sich als Leuchtturm positioniert und möglichst vielen Staaten in der Welt als gutes Beispiel vorangeht. Der Ausbau Erneuerbarer Energien, Ressourceneffizienz oder die Förderung der nachhaltigen Mobilität im ländlichen Raum seien alles Themen, die im Detail vor Ort gelöst werden müssen, zu denen Europa aber die zentralen Rahmenbedingungen bieten soll. Die Bürgerinnen und Bürger haben mit ihren Ideen Wege aufgezeigt, wie der notwendige Wandel erreicht werden kann.

Barbara Bosch, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung im Staatsministerium Baden-Württemberg, schließt den landesweiten Dialog zur Konferenz zur Zukunft Europas mit ihrem Schlusswort ab. Sie bedankt sich herzlich bei den Teilnehmenden und versichert ihnen, dass die Ergebnisse der gemeinsamen Arbeit nicht in einer Schublade verschwinden. Die Ideen aus dem Dialog werden vom Staatsministerium auf der Plattform der EU-Zukunftskonferenz eingereicht, wo sie für alle Europäerinnen und Europäer lesbar sind und als Inspiration dienen können. Zudem wird sich die Landesregierung Baden-Württemberg mit den Ideen im Rahmen einer auswärtigen Kabinettsitzung der Landesregierung in Brüssel befassen.

Die Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger zeigen, dass intelligente Ansätze erforderlich sind, um Europa zukunftsfähig zu gestalten. Weder sollen alle Kompetenzen nach Brüssel verlagert noch in die Mitgliedstaaten zurückgeholt werden: Es gehe darum zu prüfen, auf welcher Ebene die verschiedenen Herausforderungen klug gelöst werden können.

Frau Staatsrätin Bosch weist darauf hin, dass die Empfehlungen der Teilnehmenden auf einem gemeinsamen europäischen Wertekanon basieren. Heute sei es besonders wichtig zu unterstreichen, dass die EU eine Wertegemeinschaft ist und sie es auch bleiben soll. In diesem Zusammenhang sei der Vorschlag, Kenntnisse über die EU und Meilensteine der europäischen Integration besser zu vermitteln, ein wichtiger Aspekt. Für viele Bürgerinnen und Bürger ist die EU nach wie vor zu unbekannt. Im Sinne der EU-Zukunftskonferenz gelte es hervorzuheben, was Europa ausmacht, die Zukunftsfragen Europas den Bürgerinnen und Bürgern nahezubringen und eine bürgernahe Gesellschaft in Europa weiterhin zu stärken.

Anhang: Verteilung der Teilnehmenden des Bürgerdialogs

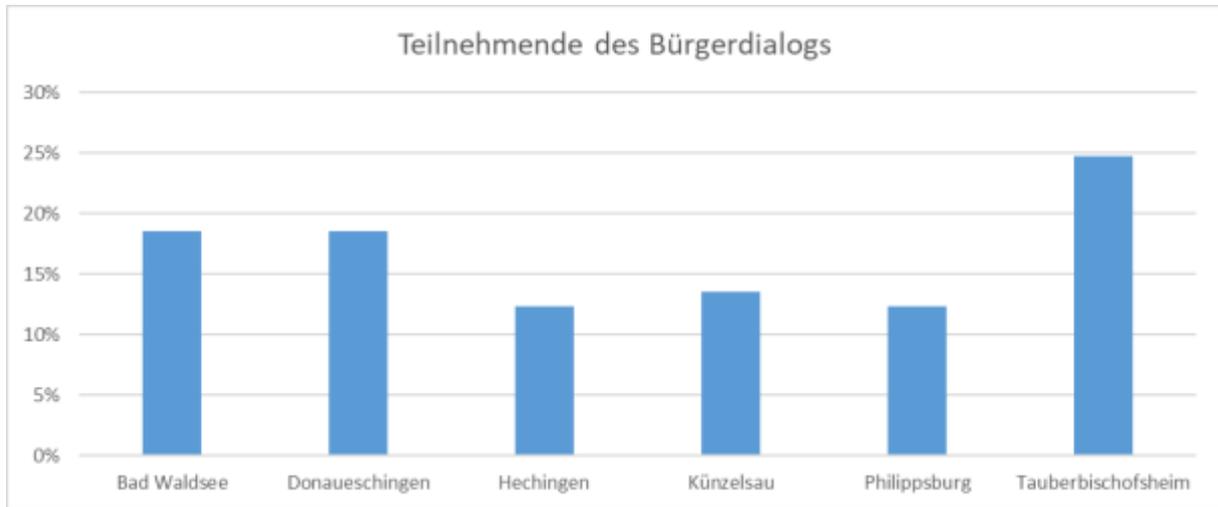


Abbildung 4: Verteilung der Teilnehmenden nach Kommune



Abbildung 5: Verteilung der Teilnehmenden nach Geschlecht

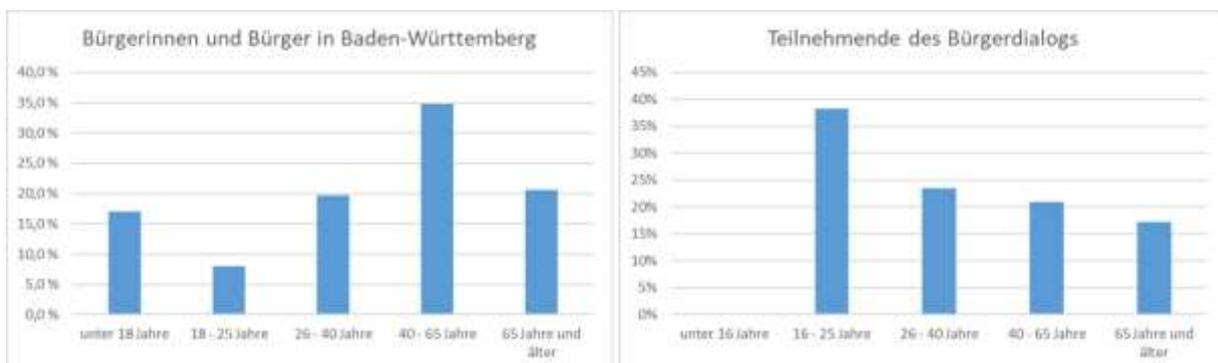


Abbildung 6: Verteilung der Teilnehmenden nach Altersgruppe



Herausgeber

Staatsministerium Baden-Württemberg
Stabstelle der Staatsrätin und Referat 61
„Europapolitik“
Richard-Wagner-Straße 15
70184 Stuttgart

www.stm.baden-wuerttemberg.de



Redaktion

DIALOG BASIS
Breitwasenring 15
72135 Dettenhausen

www.dialogbasis.de

Fotos/Screenshots

DIALOG BASIS
Zustimmung zur Veröffentlichung wurde
im Rahmen der Veranstaltung durch die
Teilnehmenden mündlich erteilt.

November 2021